



Interviews

Datum: 15. Juli 2024

Sarah Zerback im Gespräch mit Sigmar Gabriel, Atlantik Brücke, zu Trump-Attentat

Sarah Zerback: Am Telefon ist jetzt Sigmar Gabriel. Er ist Vorsitzender der Atlantik-Brücke, ein Verein, der den Austausch zwischen Deutschland und den USA stärken will. Außerdem war er Bundesaußenminister, Vizekanzler und SPD-Vorsitzender. – Schönen guten Morgen, Herr Gabriel.

Sigmar Gabriel: Guten Morgen! – Ich grüße Sie.

Zerback: Was haben Sie denn gedacht, als gestern diese Bilder um die Welt gegangen sind von einem blutenden Donald Trump, umringt vom Secret Service, der die Faust nach oben reckt, hinter ihm die Flagge der USA?

Gabriel: Es war furchtbar, was da passiert ist. Das ist der Höhepunkt einer schrecklichen Entwicklung in den USA, bei der Gewalt inzwischen leider zum alltäglichen Wahlkampfmittel geworden ist – Gott sei Dank nicht immer solche, wie wir sie gestern gesehen haben. Aber wenn in einem Land politische Wettbewerber zu politischen Feinden werden, wenn so getan wird, als ob die Wahl des anderen dazu führt, dass das Abendland untergeht, dann gibt es radikalisierte Anhänger, die dann meinen, das Land retten zu können, indem sie Gewalt ausüben. Das gibt es auf beiden Seiten und Amerika ist leider ein tief gespaltenes Land, in dem die politische Kultur am Ende ist und wo Parteien und Politiker nicht Wettbewerber, sondern richtige Feinde sind, und das kommt dann dabei heraus. Das ist übrigens etwas, was wir in Deutschland Gott sei Dank nicht haben.

Zerback: Donald Trump und Joe Biden klingen in diesen ersten Statements durchaus ähnlich, rufen beide zur Einheit auf, verurteilen auch die Gewalt. Treffen sie den Ton und wird das verfangen?

Gabriel: Beide haben den Ton getroffen, aber das ändert nichts an der inzwischen wirklich gewaltbereiten Lage in den USA. Es kommt jetzt sehr darauf an, wie Trump auf dem Parteitag reagieren wird. Aber natürlich ist dieses Bild schon ikonographisch, das Sie beschrieben haben. Der blutende ehemalige Präsident, der Präsidentschaftskandidat reckt die Faust und

ruft „fight!“. Das ist schon wahrscheinlich das prägende Bild des Wahlkampfes und ich weiß nicht, ob man diese aufgeheizte Stimmung noch einfangen kann.

Zerback: Was glauben Sie denn, wie sich Trump bei diesem Parteitag der Republikaner, der in wenigen Stunden beginnt, gerieren wird, als Staatsmann – so klingt es gerade, wenn er zur Einheit aufruft -, oder dann doch als Märtyrer, wie wir es von ihm auch schon häufiger gehört haben?

Gabriel: Beides wird der Fall sein. Das Märtyrer-Bild ist schon da. Seine Anhänger glauben, dass hier ihr Held sich für die USA opfert, aber auch immer wieder unzerstörbar aufsteht. Dieses Bild ist ja schon da. Insofern kann er das tun, was er gestern getan hat, sich staatsmännisch an die Nation wenden. Das ändert aber nichts an der aufgeheizten Stimmung.

Zerback: Den amtierenden Präsidenten bringt das gleich mehrfach in ein Dilemma. Der muss jetzt dafür sorgen, dass das Land beruhigt ist. Der muss auch aufklären, hat auch Aufklärung versprochen, und ist gleichzeitig aber auch Wahlkämpfer. Hat der jetzt überhaupt noch in dieser Situation eine Chance auf das Präsidentenamt?

Gabriel: Er hat, glaube ich, das richtige gemacht. Er hat erst mal seinen eigenen Wahlkampf unterbrochen. Er wird aber auch wieder zurückkehren. Die Wahl ist noch in relativer Ferne und jetzt eine Prognose geben zu wollen, wer gewinnt, halte ich immer noch für zu früh. Aber natürlich – das sehen Sie auch an den Umfragen – gibt es erst mal Unterstützung für Trump. Trotzdem glaube ich, keiner, der vorher Biden wählen wollte, wird jetzt wegen des Attentats auf Donald Trump umschwenken auf Donald Trump. Was aber die Folge ist: Die Wählerbasis, die Unterstützer von Trump, die fühlen sich jetzt doppelt motiviert. Am Ende entscheidet seit geraumer Zeit in Amerika die Frage einer Wahl immer, wer mobilisiert seine Anhänger am besten, und das wird jetzt für Donald Trump Wirkung zeigen.

Zerback: Wir haben in dieser Vielzahl an Reaktionen unter anderem auch den CSU-Chef Markus Söder gehört, der in dem Zusammenhang jetzt gesagt hat, er rät den US-Demokraten, dass sie Biden als Kandidat auswechseln sollen. Haben Sie da auch einen Rat?

Gabriel: Ich weiß gar nicht, wie jemand, der Politiker in einem demokratischen Land ist, aus ein paar tausend Kilometer Entfernung anderen Politikern Ratschläge erteilt, wann sie aus einem Amt ausscheiden sollen. Ich finde den Umgang, ehrlich gesagt, skurril. Wir sollen uns um unsere eigenen Probleme kümmern und die Amerikanerinnen und Amerikaner um ihre.

Aber dass wir jetzt hier mit ein paar tausend Kilometer Entfernung mal Entscheidungen über Kandidaten anderer Parteien treffen – na ja, gut, da muss man wahrscheinlich in Bayern Ministerpräsident sein, um auf die Idee zu kommen. Das müssen die Amerikanerinnen und Amerikaner und die Demokraten und vor allen Dingen Joe Biden selber entscheiden. Jetzt hat es erst mal ein furchtbares Attentat gegeben. Es ist ein Unschuldiger ums Leben gekommen. Ich glaube, zwei weitere schweben in Lebensgefahr. Das steht jetzt erst mal auf der Tagesordnung, das aufzuklären, und ich hoffe, aber ich weiß nicht, ob es gelingt, dass zumindest die Führungen der Parteien aufhören, so zu tun, als ob die Wahl des jeweils anderen das Land in den Abgrund führt, denn das ist ja der Grund, warum Menschen glauben, durch Gewalt und Attentate das eigene Land retten zu können. Man darf nicht politische Gegnerschaft zu Feindschaft werden lassen und das ist in Amerika schon viel zu lange der Fall.

Zerback: Sie sagen jetzt, wir haben in Deutschland eine ganz andere Lage, schließen sich nicht den Vergleichen an. Was bedeutet denn eine Zuspitzung der innenpolitischen Lage für den Rest der westlichen Welt, auch für Deutschland?

Gabriel: Erst mal bin ich wirklich froh, dass in Deutschland die demokratischen Parteien untereinander keine Feindschaften pflegen. Uns wird ja eher vorgeworfen, gelegentlich zu nah beieinander zu stehen. Aber dass wir hier so tief verfeindet sind wie in Amerika, das kann man nun wirklich nicht sagen, und das ist eine Stärke der deutschen Demokratie.

Dass wir in absoluter Gegnerschaft zu Feinden unserer Demokratie stehen, die es leider auch in Deutschland gibt, das ist auch klar. Aber was das für den Rest der Welt heißt, wenn Amerika mit und nach dieser Wahl in sich selbst verfangen bleibt in innenpolitischen Auseinandersetzungen, in einem immer tiefer werdenden Streit, möglicherweise wenn der jeweils unterlegene die Wahl nicht akzeptiert, dann ist die einzige westliche Führungsmacht und Supermacht handlungsunfähig, und das hat außenpolitische riesige Konsequenzen. Ich habe es schon mal gesagt, dass ich nicht glaube, dass das eigentliche Problem ist, wer der nächste Präsident ist, sondern dass die Wahl und der Umgang damit das eigentliche Problem darstellt und dass sich die Autokraten der Welt freuen werden, wenn die größte Führungsmacht des Westens handlungsunfähig ist.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.